



Der Haus- und Grundbesitzerbund Salzburg sieht in dem Vorhaben der Stadt, leer stehende Wohnungen zu mobilisieren, einen Eingriff in privates Eigentum. Die Stadt greife zu absurden Mitteln und wolle dreist zugreifen, weil politische Wohnbaustrategien gescheitert seien. Diese Vorgangsweise entspreche einer Diktatur wie in Nordkorea, sagt Carola **Schößwender**, Geschäftsführerin des Haus- und Grundbesitzerbundes. Sie bezweifelt die erst kürzlich veröffentlichte Studie des Salzburger Instituts für Raumordnung (SIR), wonach 3500 Wohnungen in der Stadt leer stünden. Das sei wohl nur eine „Schätz-Studie“.